Landesausschuss für Berufsbildung
der Freien Hansestadt Bremen

26. Oktober 2022
Carmen Runge
☎ 361 – 1 02 89

Protokoll
der zwölften Sitzung des Landesausschusses für Berufsbildung (LAB) in der 13. Amtsperiode am 20. September 2022

Beginn:	14:30 Uhr
Ende:	17:00 Uhr
Ort:	Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven (Haus Schütting, Am Markt 13, 28195 Bremen)
Teilnehmende:	s. Anlage 1

TOP 1: Begrüßung

Michael Zeimet heißt die Anwesenden zur letzten Sitzung der laufenden Amtsperiode willkommen. Er informiert, dass Senatorin Sascha Karolin Aulepp voraussichtlich ab 15:00 Uhr an der Sitzung teilnehmen werde.

Als Referent:innen begrüßt Michael Zeimet Dr. Tina Fletemeyer und Prof. Dr. Rudolf Schröder (beide IÖB der Universität Oldenburg) sowie Claudia Schettler (Landesinstitut für Schule) und Julia Tietjen (ITB der Universität Bremen), die gemeinsam unter TOP 6 den Abschlussbericht zur Berufsorientierung an den Gymnasialen Oberstufen vorstellen würden. Auch die weiteren Gäste der heutigen Ausschusssitzung heißt er willkommen.

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2: Abstimmung des Protokolls der elften Sitzung vom 12. Mai 2022

Eine Vertreterin der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven bittet darum, eine Aussage im ersten Absatz unter TOP 7 (s. Seite 5) wie folgt zu formulieren: „Dies liege manchmal daran, dass das örtliche Angebot nicht zu den Wünschen passe oder die Jugendlichen keinen realistischen Berufswunsch hätten oder Berufe unbekannt seien.“

Das Protokoll der letzten Sitzung wird mit dieser Änderung einstimmig angenommen.

TOP 3: Kurzbericht zur Expertenkommission „Ausbildungsumlage“

Michael Zeimet weist darauf hin, dass Claudia Koring von der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE) ihre Teilnahme kurzfristig habe absagen müssen und auch keine Vertretung teilnehmen könne. Er führt aus, dass zur Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung einer Ausbildungsumlage ein Gutachten eingeholt worden sei. Daraufhin sei eine Expertenkommission eingerichtet worden, die im Mai 2022 ihren Bericht an SWAE übergeben habe, in dem die Einführung einer Ausbildungsumlage empfohlen werde. Zur konkreten Ausgestaltung erwarte man kurzfristig eine Senatsvorlage von SWAE, die dann auch dem LAB zur Verfügung gestellt werden solle.

Eine Vertreterin der Arbeitgeberseite schildert, dass Unternehmen häufig ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen könnten. Dies liege u. a. daran, dass vielen Jugendlichen die nötige „Ausbildungsreife“ fehle. Aus ihrer Sicht müsse man hier ansetzen und die Jugendlichen bereits in der Schule besser vorbereiten. Die Unternehmen könnten dies nicht durch eine Umlage zusätzlich zu den bestehenden Abgaben nachholen.

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite ergänzt, dass weitere Informationen zur geplanten Umsetzung wünschenswert seien. Es spricht sich dafür aus, dass sich auch der LAB mit dem Thema „Ausbildungsumlage“ weiter befasse.

Michael Zeimet schlägt vor, dass die Vorsitzenden gemeinsam entscheiden, ob sich der LAB mit dieser Thematik weiter beschäftigen wolle. Aus seiner Sicht sollte zunächst die von SWAE angekündigte Senatsvorlage abgewartet werden. Auf dieser Basis könne dann ggf. bis zur nächsten Sitzung einer der Unterausschüsse dazu beraten.

TOP 4: Stellungnahme zum Entwurf der Änderung der Verordnung für die Zweijährige Höhere Handelsschule

Eine Vertreterin der Arbeitnehmerseite stellt die Inhalte der Stellungnahme vor, die der Unterausschuss 2 „Schulrechtliche Fragen und Ordnungsmittel“ verfasst hat.

Die Stellungnahme wird bei einer Enthaltung beschlossen.

TOP 5: Austausch mit Senatorin Sascha Karolin Aulepp – Schulstandortentwicklung der berufsbildenden Schulen in der Stadtgemeinde Bremen

Michael Zeimet begrüßt Senatorin Sascha Aulepp im LAB und freut sich, dass sie wie ihre Vorgängerin der Einladung des Ausschusses gefolgt sei.

Senatorin Sacha Aulepp dankt für die Einladung. Sie führt ein, dass die Berufsbildung eine wichtige Säule der Bildungspolitik sei. Zur Schulstandortentwicklung der berufsbildenden Schulen in der Stadtgemeinde Bremen schildert sie, dass es in einem partizipativen Prozess gelungen sei, berufsbildende Schulen der Zukunft zu planen. Durch die Bündelung der bisher 16 Schulstandorte und die neuen Campus-Lösungen ließen sich nicht nur auf vielen Ebenen Synergieeffekte erzielen, die neuen Lernformen seien auch für die Herausforderungen der heutigen Zeit sehr geeignet. Ungeachtet der notwendigen hohen finanziellen Investitionen sei dies der richtige Weg. Dies habe auch der einstimmige Beschluss der Sondersitzung der Deputation für Kinder und Bildung vor den Sommerferien bestätigt. Ein Teil der Schulstandortentwicklung befinde sich bereits in der Umsetzung, so sei am Campus West die Berufsbildende Schule für den Groß- und Außenhandel bereits eingeweiht worden. Auch bei den Planungen für den Campus Nord auf dem Gelände der alten Bremer Wollkämmerei zeichneten sich weitere Fortschritte ab.

Michael Zeimet ergänzt, dass der LAB die Schulstandortentwicklung der berufsbildenden Schulen begrüße und dies mit einer Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Ausdruck gebracht habe.

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite stimmt zu, dass man mit der Schulstandortplanung den räumlichen Herausforderungen begegne. Er erkundigt sich, ob es ausreichend Lehrkräfte gebe. Aus seiner Sicht gebe es zu wenig Studienmöglichkeiten für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Lehrkräfte seien häufig Quereinsteiger:innen.

Senatorin Sascha Aulepp führt aus, dass die Gewinnung von Lehrkräften vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels schwierig sei. Daher gelte es, bremische Schulen für Lehrkräfte attraktiv zu machen.

Ein Vertreter der Senatorin für Kinder und Bildung ergänzt, dass sich die Situation für die berufsbildenden Schulen deutlich besser darstelle als für den allgemeinbildenden Bereich. An allen 16 stadtbremischen Schulen gebe es derzeit insgesamt nur 25 vakante Stellen (inkl. Elternzeiten, Krankheiten etc.). In einzelnen Bereichen wie z. B. der IT und dem Handwerk gebe

es teilweise Engpässe, dafür gebe es im kaufmännischen Bereich eine gute Personalausstattung.

Eine Vertreterin der Arbeitnehmerseite erkundigt sich, wie die Pädagogik des selbstständigen Lernens damit vereinbar sei, dass viele Jugendliche zunehmend mit multiplen Problemen belastet seien und Unterstützung benötigten. Dies bringe auch die Lehrkräfte an ihre Belastungsgrenze.

Senatorin Sascha Aulepp berichtet, dass es in allen Lernformen Schüler:innen gebe, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Daher gehöre es mit ins Konzept, auch diese Schüler:innen durch die Lehrkäfte abzuholen und eng zu begleiten. Es habe sich in den letzten Jahren gezeigt, dass Frontalunterricht nicht mehr zeitgemäß sei; deswegen wolle man diesen neuen Weg der Lernformen gehen.

Daniela Teppich dankt, dass viele Punkte aus der Empfehlung des LAB in der Schulstandortentwicklung Berücksichtigung gefunden hätten. Grundsätzlich stehe sie den Plänen positiv gegenüber. Um die berufliche Bildung zukunftsfähig zu machen, sei dies der richtige Schritt. Sie weist darauf hin, dass in einer der letzten Sitzungen die abnehmende Zahl der Bewerber:innen für Lehrmeister:innenstellen thematisiert worden sei. Dieses Thema sollte im LAB noch einmal aufgerufen werden.

Michael Zeimet fragt nach einem Zeitplan für die Umsetzung. Für den Campus Süd wisse er beispielsweise, dass eine europaweite Ausschreibung erforderlich sei, die das Verfahren verlängere.

Senatorin Sascha Aulepp erläutert, dass im Rahmen der ressortübergreifenden Senatskommission „Schul- und Kitabau“ die Bauvorhaben priorisiert würden. Herausfordernd sei neben der zeitlichen Dimension das hohe Investitionsvolumen, das erforderlich sei. Ein weiteres Problem seien die anhaltenden Preissteigerungen. Zum Campus Süd führt sie konkret aus, dass man derzeit in Gesprächen mit Investor:innen sei und ein gemeinsames Interesse habe, die Umsetzung so schnell wie möglich voranzubringen.

Michael Zeimet dankt Senatorin Sascha Aulepp und schlägt vor, die Umsetzung der Schulstandortentwicklung als LAB weiterzuverfolgen. Dieser Vorschlag wird von den Anwesenden befürwortet.

TOP 6: Austausch mit Senatorin Sascha Karolin Aulepp – Berufsorientierung an den Gymnasialen Oberstufen

Senatorin Sascha Aulepp schildert einführend, dass Schüler:innen häufig ihre vielfältigen beruflichen Möglichkeiten nicht kennen würden. Mit einer guten beruflichen Orientierung könne man die Angebote für jede Schüler:innengruppe in den Blick nehmen. Berufliche Orientierung habe an den Gymnasialen Oberstufen bisher eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Der vorliegende Abschlussbericht zeige jedoch, dass auch für Abiturient:innen berufliche Orientierung wichtig sei, denn ihnen stehe der Weg in eine Vielzahl von Ausbildungsberufen und Studiengängen offen. Die duale Ausbildung sei dabei allerdings häufig vernachlässigt worden. Dem könne man mit einer systematischen Verankerung der beruflichen Orientierung in den Gymnasialen Oberstufen entgegenwirken und so für alle Jugendlichen passende Ausbildungswege finden.

Prof. Dr. Rudolf Schröder stellt gemeinsam mit Dr. Tina Fletemeyer die zentralen Ergebnisse des Projektes „Berufliche Orientierung an den Gymnasialen Oberstufen“ vor (s. Anlage 2).

Michael Zeimet macht darauf aufmerksam, dass es mit Blick auf den Fachkräftemangel wichtig sei, mehr Jugendliche in die duale Ausbildung zu bringen. Er stellt die Frage, wie dies erreicht werden könne. Die Lehrkräfte könnten zwar orientieren, eine Berufsberatung könnten sie aber nicht leisten.

Eine Vertreterin der Arbeitnehmerseite verweist darauf, dass viel verloren gegangen sei, seitdem das Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ an der Universität Bremen nicht mehr angeboten werde.

Eine Vertreterin der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven berichtet, dass die Agentur für Arbeit ihr Personal für die Studien- und Berufsberatung aufgestockt habe. Da während der Corona-Pandemie die Schulen zeitweilig geschlossen gewesen und bei der Agentur für Arbeit personelle Ressourcen für die Bearbeitung von Kurzarbeitergeld benötigt worden seien, sei das Vorhaben, die Studien- und Berufsberatung in den Schulen auszuweiten, zunächst ausgebremst worden, nun aber wieder gut angelaufen.

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite weist darauf hin, dass Gymnasiale Oberstufen häufig damit werben würden, die Schüler:innen „studierfähig“ zu machen. In diesen Schulen müsse ein Paradigmenwechsel stattfinden, um mehr Abiturient:innen für die duale Ausbildung zu gewinnen.

Ein Vertreter der obersten Landesbehörden ergänzt, dass in Bremerhaven bereits viel für die berufliche Orientierung geleistet werde. Eine noch stärkere Regelung etwa im Rahmen von Bildungsplänen sei aus seiner Sicht nicht notwendig.

Eine Vertreterin der Arbeitgeberseite erklärt, aus ihrer Sicht sei es falsch, den Fokus immer nur auf den Beruf zu legen. Die jungen Menschen müssten verstärkt Betriebsstrukturen kennenlernen, um zu erkennen, welche Möglichkeiten ein Betrieb als Ganzes biete.

Michael Zeimet dankt für die Vorstellung der Ergebnisse und den konstruktiven Austausch. Er regt an, weiterhin im LAB über das Thema „Berufliche Orientierung“ zu berichten und zu diskutieren.

Senatorin Sascha Aulepp dankt dem LAB, dass sie an der Sitzung teilnehmen durfte, und verabschiedet sich. Sie nehme viele Anregungen aus den Beiträgen mit.

TOP 7: Aktuelle Ausbildungssituation und Sachstandsberichte zur Vereinbarung Ausbildung: innovativ sowie zur Umsetzung der Jugendberufsagentur und zur Ausbildungsgarantie

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit am Übergang Schule - Beruf

Eine Vertreterin der Senatorin für Kinder und Bildung führt in die Thematik ein. Um den Datenaustausch im Rahmen der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit am Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern, sollen die bisherigen Regelungen aus dem Bremischen Schuldatenschutzgesetz herausgelöst und in ein neues sog. „JBA-Gesetz“ überführt werden.

Michael Zeimet begrüßt, dass durch die neue Gesetzesgrundlage der Datenaustausch vereinfacht werde.

Daniela Teppich hebt positiv hervor, dass sich das Land Bremen auf den Weg mache, um die Regelungen des § 31a SGB III in das Landesrecht aufzunehmen und dadurch den Datenaustausch zu verschlanken.

Aktuelle Ausbildungssituation

Eine Vertreterin der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven berichtet, aktuell lägen die Daten zum Stichtag 31. August 2022 vor, die Daten zum 30. September 2022 und damit zum Abschluss des Berichtsjahres würden erst Ende Oktober im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht werden. In der Stadt Bremerhaven seien die gemeldeten Ausbildungsstellen zum Stichtag 31. August 2022 gegenüber dem Vorjahr um 49 auf 1.043 gestiegen. Davon seien noch 322 Stellen unbesetzt (+ 59 im Vorjahresvergleich). Dem hätten zum gleichen Stichtag in diesem Jahr 1.371 Bewerber:innen (+ 45) gegenüber gestanden. Unversorgt seien noch 363 Bewerber:innen (+/- 0).
In der Stadt Bremen seien die gemeldeten Ausbildungsstellen zum Stichtag 31. August 2022 gegenüber dem Vorjahr um 98 Stellen auf 4.062 gestiegen. Die Zahl der gemeldeten Bewerber:innen liege um 87 unter dem Vorjahresniveau und damit nun bei 3.070. Zum Stichtag habe es noch 1.177 offene Stellen gegeben, 494 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der unversorgten Bewerber:innen liege bei 803 (- 163). Es sei ein deutlicher Umschwung zu sehen. Während die Zahl der Bewerber:innen rückläufig sei, nehme die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen zu. Dies entspreche auch dem aktuellen Bundestrend. Die Unternehmen würden jede:n Schulabgänger:in brauchen und die Partner:innen der Jugendberufsagentur seien hier gemeinsam tätig, um so viele junge Menschen wie möglich in die duale Ausbildung zu bringen.

Ein Vertreter der Handwerkskammer bestätigt den Eindruck der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven. Die Handwerkskammer Bremen verzeichne bei der Zahl der neu eingetragenen Verträge derzeit ein Minus von etwa 3 % im Vergleich zum Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2019 falle der Rückgang noch deutlich höher aus. Er weist darauf hin, dass allein im Handwerk die Zahl der bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Stellen um etwa 50 % gestiegen sei. Die Stellen seien vorhanden, es fehle an Bewerber:innen. Diesem Ungleichgewicht könne man auch nicht mit der Einführung einer Ausbildungsumlage entgegenwirken.

Michael Zeimet berichtet für den Zuständigkeitsbereich der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, dass die Zahl der Vertragslösungen während der Corona-Pandemie gering gewesen sei. Dieser Trend kehre sich jetzt wieder um, insgesamt lägen die Vertragslösungsquoten aber immer noch unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie. Aufgrund eines Cyber-Angriffs innerhalb der Handelskammerorganisation habe er derzeit nur den Stand der neu registrierten Ausbildungsverträge zum Stichtag 31. Juli 2022 vorliegen. Im Land Bremen konnte zu diesem Zeitpunkt insgesamt ein Zuwachs von 6,8 % im Vorjahresvergleich verzeichnet werden. Damit würden die Eintragungszahlen noch leicht unter dem Vor-Corona-Niveau liegen. Rückgänge gebe es vor allem im Bereich Metalltechnik (- 10 % im Vorjahres-

vergleich), deutliche Zuwächse hingegen im Handel (+ 7 %) und im Hotel- und Gaststättenbereich (+ 85 Verträge bzw. ca. + 100 %), wo in den Vorjahren coronabedingt erhebliche Einbrüche zu verzeichnen gewesen seien. Eine Umfrage zum Fachkräftemangel, an der sich 378 Betriebe aus Bremen beteiligt hätten, zeige ebenfalls, dass es für die Unternehmen zunehmend schwieriger werde, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Dies habe auf mehr als jedes dritte befragte Bremer Unternehmen zugetroffen, im Bund sogar auf 42 %.

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite verweist auf eine Befragung, die zeige, dass Eltern und Freunde den größten Einfluss bei der Berufswahl hätten. Hier müsse man ansetzen.

Eine Vertreterin des Landesinstituts für Schule verweist auf das bereits bestehende Angebot zur beruflichen Orientierung. Sie nennt beispielhaft den Tag der beruflichen Bildung Anfang November, der auch in diesem Jahr wieder digital stattfinden werde. Weiterhin informiert sie, dass man das Angebot in den letzten Jahren stetig erweitert habe und auch die Eltern verstärkt einbinde.

Julia Tietjen ergänzt, dass es ein Vertiefungsprojekt zur beruflichen Orientierung gebe, in dem die sozioökonomische Komponente in den Blick genommen werde. Hier werde u. a. auf die Frage eingegangen, wie man Eltern mit Migrationshintergrund besser erreichen könne.

Daniela Teppich schildert, dass im August der jährliche Ausbildungsreport der DGB Jugend erschienen sei, der schwerpunktmäßig das Thema „Zugang zu Ausbildung und Berufsorientierung“ in den Blick nehme. Die zentralen Ergebnisse stelle sie gern zur Verfügung (s. Anlage 3).

Eine Vertreterin der Arbeitgeberseite führt aus, dass Eltern mit Migrationshintergrund das System der dualen Ausbildung häufig fremd sei. Sie erkundigt sich, wie man diese Eltern abhole.

Michael Zeimet schlägt vor, die Diskussion aus Zeitgründen an dieser Stelle zu beenden. Aus seiner Sicht sei dieses Thema aber für den LAB relevant und sollte noch einmal in einer der nächsten Sitzungen aufgerufen werden.

TOP 8: Verschiedenes

Berichte aus den Unterausschüssen

Der Unterausschuss 2 „Schulrechtliche Fragen und Ordnungsmittel“ hat getagt und den Entwurf der Änderung der Verordnung für die Zweijährige Höhere Handelsschule beraten. Zu den Ergebnissen wurde unter TOP 4 berichtet.

Berufsbildungspolitische Parlamentsanfragen und entsprechende Antworten

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

Sachstand zum neuen Abo-Ticket Tim

Eine Vertreterin der geschäftsführenden Stelle schildert, dass es seit dem 1. September 2022 das neuen Abo-Ticket Tim („Täglich immer mobil“) gebe, das als Jahresabo verfügbar sei und 30 Euro im Monat bzw. 360 Euro im Jahr koste. Das Ticket sei für Schüler:innen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende erhältlich und gelte für das gesamte VBN-Gebiet.

Neue Amtsperiode ab 2023

Michael Zeimet informiert, dass die aktuelle Amtsperiode des LAB im Januar auslaufe und dies die letzte Sitzung der laufenden Amtsperiode sei. Das Berufungsverfahren für die neue Amtsperiode sei seitens der Senatorin für Kinder und Bildung bereits eingeleitet worden. Da er wisse, dass einige der anwesenden Personen künftig nicht mehr im LAB mitwirken würden, dankt er diesen herzlich für ihren Einsatz im LAB in den vergangenen Jahren und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.

Sitzungstermine für das Jahr 2023 (jeweils ab 14:30 Uhr)

Für das Jahr 2023 werden folgende Sitzungstermine vereinbart:

- 21. Februar 2023
- 29. Juni 2023 (voraussichtlich in Bremerhaven)
- 10. Oktober 2023

Sonstiges

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

gez. Michael Zeimet
(Vorsitz)

gez. Carmen Runge
(Protokollantin)

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anlage 2: Einblicke in zentrale Ergebnisse des Projektes „BOGyO“

Anlage 3: DGB-Ausbildungsreport 2022 – Fact Sheet